



VORFALL AN DER MARTIN-LUTHER-KING-GESAMTSCHULE IN DORTMUND

Wegen schlechter Noten: Migrant plante Hammermord an Lehrer

Von EUGEN PRINZ | Erhebungen aus dem Jahr 2017 zufolge hat jeder dritte der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland [keinen Schulabschluss](#). Das bedeutet, dass die Betroffenen weder ordentlich schreiben, noch lesen, noch rechnen können. Auch sonst liegen türkischstämmige Migranten, was die Bildung angeht, deutlich unter dem Durchschnitt der indigenen Bevölkerung. Ähnliches gilt auch für [Moslems im Allgemeinen](#). Über die Gründe hierfür könnte man einen eigenen Artikel schreiben, doch das bleibt einem anderen Tag vorbehalten.

Schulversagen: Schuld ist immer die Lehrkraft

Ihr Ehrbegriff und der damit verbundene Männlichkeitswahn machen es moslemischen Jungen schwer, im Falle eines Schulversagens die Schuld bei sich selbst zu suchen. In solchen Fällen wird lieber die Lehrkraft verantwortlich gemacht, manchmal mit allen Konsequenzen. Diese Erfahrung musste jetzt ein Lehrer an der Martin-Luther-King-Gesamtschule

im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld machen, die laut Eigenwerbung für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ steht. Die ersten beiden Attribute finden häufig beschönigend bei Einrichtung mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund Verwendung.

Mordkomplott wegen schlechter Noten

Wegen schlechter Noten war die Versetzung eines 16-jährigen Schülers gefährdet. Dieser fühlte sich von dem zuständigen Lehrer (Deutsch und Chemie) ungerecht behandelt und plante deshalb, ihn zu töten. Hier stellt sich schon zum ersten Mal die Frage, in welchem Kulturkreis so eine Denke gedeiht.

Zusammen mit einem 17-jährigen Mitschüler und einem 18-jährigen Bekannten schmiedete er einen perfiden Plan. Der 16-jährige Rädelsführer und sein 18-jähriger Bekannter lockten den Lehrer unter dem Vorwand, dass dort ein Mitschüler kollabiert sei (diese Rolle übernahm der 17-Jährige), in einen in Schulnähe gelegenen Garagenhof. In dieser schwer einsehbaren Örtlichkeit wollten der 16-jährige Haupttäter und sein 18-jähriger Erfüllungsgehilfe dem Lehrer den Schädel einschlagen. Zur Ausführung der Tat hatte jeder der beiden einen Hammer dabei. Glücklicherweise hatte der Deutschlehrer „ein komisches Gefühl bei der Sache“. Er wunderte sich, dass der 16-Jährige ausgerechnet ihn um Hilfe bat, obwohl sie bereits mehrfach wegen schulischer Belange in Streit geraten waren. Mißtraurisch geworden, vermied der Lehrer, den beiden den Rücken zuzudrehen und kehrte nach Verständigung des Rettungsdienstes sofort wieder auf die Hauptstraße zurück, um auf das Eintreffen des Sankas zu warten. Daher scheiterte das Mordkomplott. Der 17-jährige Simulant ließ sich tatsächlich ins Krankenhaus einliefern, wurde aber kurz darauf bei bester Gesundheit wieder entlassen.

Das Komplott flog auf, als der 18-Jährige versuchte, sich bei einem Mitschüler ein Alibi zu verschaffen. Dieser erzählte seiner Mutter von dem Mordplan, die wiederum die Schule

informierte. Die sofort eingeschaltete Polizei nahm am vergangenen Montag die Tatverdächtigen fest und durchsuchte ihre Wohnungen. Inzwischen ermittelt die Mordkommission, dem Vernehmen nach legten der 17-Jährige und der 18-Jährige ein Geständnis ab, der 16-jährige Haupttäter schweigt bisher.

Und wie immer die Frage: Handelt es sich um Migranten?

Während ja angeblich bei solchen Taten für die Berichterstattung die Ethnie der Tatverdächtigen keine Rolle spielt (Ziffer [12.1 Pressekodex](#)), interessieren sich dennoch die meisten Bürger für dieses Detail, insbesondere die Leser von PI NEWS und natürlich auch der Autor dieses Artikels. Von allen „Qualitätsmedien“ bietet nur die [BILD](#) einen entsprechenden Anhaltspunkt: Der Vorname des Haupttäters sei „Serkan“. Jetzt stellt sich die Frage, ob der Träger dieses Namens seine Wurzeln im niederbayerischen Rottal oder eher in Anatolien hat. [Wikipedia](#) suggeriert letzteres. Da sich gleich und gleich gerne gesellt, liegt die Vermutung nahe, dass auch die beiden Mittäter türkischer Provenienz sind, denn Serkan wird sich sicher lieber mit Murat und Tahir verbünden statt mit Klaus und Peter.

Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern!

Der Autor hat den Eindruck, dass Flüchtlinge und Migranten, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis, überproportional häufig im Zusammenhang mit Aufsehen erregenden Straftaten in Erscheinung treten. Der Pressekodex, statistische Spielereien und Ausreden aus dem Bereich des „Opferschutzes“ verhindern wirksam, dass das wahre Ausmaß des Problems der Bevölkerung zur Kenntnis gelangt.

Deshalb muss zunächst einmal die Ziffer [12.1 des Pressekodex](#) ersatzlos gestrichen und die Polizei verpflichtet werden, in den Pressemitteilungen den ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen ohne Ausnahme zu nennen, auch bei Kindern und Jugendlichen.

Nur wenn sich die Bevölkerung der tatsächlichen Tragweite des Problems bewusst wird, entsteht bei der Politik der erforderliche Handlungsdruck. Es ist an der Zeit, jede, aber auch wirklich jede Aufenthaltsgenehmigung auf den Prüfstand zu stellen, auch die unbefristeten. Wenn jemand als Ausländer für dieses Land und seine Bewohner eine Gefahr darstellt, dann muss er gehen. Auch wenn er hier geboren ist und schon lange in Deutschland lebt.

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit und die bereits vollzogenen Einbürgerungen müssen ebenfalls auf den Prüfstand gestellt werden. Nur so können wir verhindern, dass in Deutschland Verhältnisse einkehren, wie sie in den Ländern herrschen, die die Moslems verlassen haben, weil es dort für sie nicht lebenswert ist.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass das Trio wieder auf freiem Fuß ist, da keine Haftgründe vorliegen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Blut-Samstag in Nürnberg: Geplantes Messerverbot tut bitter Not

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur gefühlt ist seit einigen Jahren die Zahl der Messerattacken bei körperlichen Auseinandersetzungen oder grundlosen Angriffen auf unbeteiligte Bürger dramatisch angestiegen. Nun kommen die etablierte Politiker nicht mehr umhin, sich diesem ungeliebten Thema zu widmen. Ungeliebt deshalb, da hier die fatalen Auswirkung ihrer fundamentalen Fehlentscheidungen offen zutage treten. Die Leidtragenden sind die Bürger, für die „innere Sicherheit“ zum Fremdwort wird.

„Messerstecher-Statistik“ erst in einigen Jahren

Gegenwärtig arbeiten Experten an einer bundesweiten Erfassung von Messerangriffen. Dummerweise dauert laut Bundeskriminalamt die Umsetzung jedoch noch mehrere Jahre. Bis dahin kann man sich also bequem dahinter verstecken, dass es keine belastbaren Zahlen gibt. Lediglich Niedersachsen registriert bereits seit zwei Jahren Straftaten, bei denen Stichwaffen eingesetzt werden. Dort gab es im vergangenen Jahr 3.754

entsprechende Taten.

Geplante Änderung des Waffengesetzes: Messer sollen verschwinden

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Niedersachsen zusammen mit Bremen einen Änderungsvorschlag zum Waffengesetz in den Bundesrat eingebracht hat, der am kommenden Freitag beraten wird. Geplant sind „Messer-Verbotzonen“ wie zum Beispiel Einkaufszentren, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten, Schulen und natürlich auch Fußgängerzonen. Ausgewiesen werden diese Bereiche dann von den örtlichen Behörden. Springmesser und feststehende Messer mit einer Klingenlänge von über sechs Zentimetern sollen künftig gar nicht mehr in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen. Im Falle von Zuwiderhandlungen sieht der Änderungsvorschlag die Beschlagnahme der Messer sowie Bußgelder vor, bei Springmessern sogar eine Freiheitsstrafe. Der Antrag Niedersachsens und Bremens hat gute Aussichten, angenommen zu werden.

Kunststück der Mainstream-Medien

Die Mainstream Medien, allen voran die deutsche Presseagentur (dpa), haben das Kunststück fertig gebracht, über dieses brisante Thema zu berichten, ohne auch nur einmal das Wort „Flüchtlinge“ zu erwähnen. Auf der Zunge zergehen muss man sich die Formulierung der dpa:

„Die Forderung nach einem weitreichenden Messerverbot wurde zuletzt immer wieder erhoben – besonders nach aufsehenerregenden Gewalttaten. So hatte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag im September ein solches Verbot für die deutschen Innenstädte ins Spiel gebracht. Zuvor hatte es in Chemnitz einen tödlichen Angriff gegeben. Für die Tat steht seit März ein Syrer wegen Totschlags vor Gericht. Das Verbrechen löste in Chemnitz damals ausländerfeindliche Attacken aus.“

Da kann man nur sagen: Die Mainstream-Medien haben nichts, aber wirklich gar nichts dazu gelernt. Sie machen ohne Rücksicht auf Verluste mit dieser Art der Berichterstattung weiter, bis niemand mehr sie liest. Auch das ZDF hat diese [Formulierung übernommen](#). In den meisten anderen Medien wird nicht mal der Syrer erwähnt, sondern der Eindruck erweckt, das Problem läge in einer zunehmenden Verrohung der Deutschen. Glücklicherweise gibt es in den Lokalredaktionen noch Journalisten, die Ross und Reiter nennen. Dazu gehört Marcus Sauer von der Politikredaktion des Straubinger Tagblatts. Er schreibt:

„Möglichst imposante und martialische Stichwaffen, etwa mit scharfer Klinge und Wellenschliff, der besonders hässliche Wunden hervorruft, gelten unter jungen Männern gerade aus dem arabischen Raum als Symbol für Macht und Männlichkeit. Und wer sich unter Druck gesetzt fühlt, diese Männlichkeit stets durch Imponiergehabe zu beweisen, zu der auch Gewalt gehört, bei dem sitzt das Messer mitunter locker.“

So wird ein Schuh draus! Deshalb sollte man darüber nachdenken, zusammen mit den Messern auch gleich deren Besitzer zu entfernen. Und zwar nicht nur aus der Fußgängerzone, sondern gleich aus Deutschland. Aber bis das kommt, wird noch viel unschuldiges Blut zur Stärkung der arabischen Männlichkeit in deutsche Rinnsteine fließen.

Und weil es noch zum Thema passt:

Nürnberger Messerattackenserie am Samstag: PI-NEWS fragt nach

Wie übel die Situation in Deutschland inzwischen geworden ist, zeigt die [Messerattackenserie vom vergangenen Samstag in Nürnberg](#), wo es an einem Tag unabhängig von einander zu drei Stechereien mit lebensgefährlich Verletzten kam. Da nur im dritten Fall, einem Streit in einem Asylbewerberheim, die Herkunft des Tatverdächtigen klar ist, hat PI-NEWS bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums Nürnberg nachgefragt.

Der erste Fall spielte sich in der Fenitzerstraße im Nürnberger Osten ab. Tatverdächtig ist ein 20-Jähriger, der laut Auskunft der Pressestelle die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Daraufhin entspann sich folgender Dialog zwischen dem Autor und dem Pressesprecher:

PI-NEWS: *Hat der tatverdächtige Deutsche einen Migrationshintergrund?*

Pressesprecher: *Ich sehe hier nur, dass er Deutscher ist und das andere spielt für uns keine Rolle.*

PI-NEWS: *Kann man aus dem Namen des Tatverdächtigen den Schluss ziehen, dass er einen Migrationshintergrund hat?*

Pressesprecher: *Dazu äußere ich mich nicht.*

(Aha...)

PI-NEWS: *Und der dritte Fall in der Südstadt?*

Pressesprecher: *Der hat sich in der Allersberger Straße zugetragen. Hier ist das Opfer ein Italiener und der Täter besitzt die türkische Staatsangehörigkeit.*

Es haben also mindestens zwei, wenn nicht alle drei Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund aus dem relevanten Zuwanderungsgebiet. Sie sehen, liebe Leser, es lohnt sich nachzufragen. Aber das machen eben nur die Freien Medien und genau deshalb sind sie so wichtig!

Der [erste Kongress der Freien Medien](#) am Wochenende hat uns gestärkt und beginnt jetzt schon, Synergieeffekte freisetzen. Die etablierte Medienlandschaft wird sich warm anziehen müssen. Wir holen auf. Immer weiter.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Italien: Kriminalität drastisch zurückgegangen

Von CHEVROLET | Deutsche Politiker wissen alles, und vor allem besser als sonst jemand auf der Welt. Allen voran natürlich Angela Merkel mit ihrer ministeriellen Märchenerzählertruppe.

Bestes Beispiel dafür ist das gerne verschwiegene Thema Kriminalität, die von „Flüchtlingen“ und „Migranten“, kurzum von den Vollversorgung auf Lebenszeit suchenden Eindringlingen ausgeht.

Diese Gruppe sei nicht krimineller als Deutsche und Mohammed und Achmed seien ganz liebe Jungs, die nur Schutz vor irgendwem oder –was suchten. Und, oh Wunder, die Statistiken bestätigen das. Vermutlich ist das auch der Grund, warum es so lange dauert, bis Statistiken vorgelegt werden können in Deutschland. Statt die vier Grundrechenarten zu verwenden muss natürlich hin und her getrickst werden, um das gewünschte Ergebnis von „heiligen Flüchtling“ ohne Fehl und Tadel zu erreichen.

Auch wenn es auf den ersten Blick etwas verwundern mag, Italiens Statistiker sind da „schneller“, bzw. sagen wir mal, „aufrichtiger“. Die Kriminalitätsrate in Italien sank zwischen 2018 und 2019 um sagenhafte 15 Prozent, seit Italien unter Innenminister Matteo Salvini einen härteren Kurs gegenüber den Eindringlingen aus Afrika, Nahost und Afghanistan eingeschlagen hat.

Die Zahl der Morde sank um 12,2 Prozent, die der versuchten Morde gar um 16,2 Prozent, meldet [„Il Giornale“](#). Salvinis Law-and-Order-Politik scheint also zu wirken, insbesondere auch bei den im „Flüchtlingsmilieu“ beliebten Sexualstraftaten. Immerhin gab es 32,3 Prozent weniger Vergewaltigungen und die Zahl der Raubüberfälle sank um 20,9 Prozent.

Dass Salvini so erfolgreich ist mit seiner Politik und so beliebt bei den Bürgern, passt indessen nicht allen. Ministerpräsident Luigi di Maio vom Koalitionspartner Fünf-Sterne Bewegung erklärte: Salvini solle nicht Migranten verteufeln oder Grenzsicherungswände wie in Ungarn besichtigen, sondern lieber die Mafia bekämpfen.

Der Lega-Chef konterte: „Ich habe in Neapel schon mehr für

Sicherheit und Ordnung getan als in irgendeiner anderen italienischen Stadt.“ Und ergänzte: „Es ist klar, dass die Camorra (die neapolitanische Mafia, die Red.) eine Bestie ist, aber es wird lange Zeit dauern sie zu beseitigen.“ Salvini betonte, dass trotz des Rückgangs der Kriminalität jeder dritte Kriminelle zumindest einen Migrationshintergrund habe.

Unterdessen musste die europäische Grenzschutzagentur Frontex, die nur beobachtende Funktion hat, zähneknirschend zugeben, dass Salvinis Anti-Migrationspolitik Auswirkungen hat: Seit Salvini die Seegrenze dichtgemacht hat und auch die Schleuser-Shuttle-Schiffe der „Rettungsorganisationen“ nicht mehr in italienische Häfen einlaufen dürfen, kämen mehr als 90 Prozent weniger Menschen über das Mittelmeer. Entsprechend weniger Menschen ertranken auch bei der Seereise.



Prügel-Syrer: Abiturientin auf Intensiv, Nothelfer braucht Titanplatte im Kopf

Von EUGEN PRINZ | Bekanntermaßen sind in einigen Ländern des islamischen Kulturkreises auch heute noch drakonische Strafen wie Amputation von Gliedmaßen, Auspeitschen und sogar die [Kreuzigung](#) im Gesetz verankert. Als aufgeklärter Mitteleuropäer ist man von dieser Art des Strafvollzuges

abgestoßen. Der Autor muss jedoch einräumen, dass ihm angesichts dessen, was Sie gleich lesen werden, die Frage durch den Kopf gegangen ist, ob solche Strafen möglicherweise die einzige Sprache sind, die Kriminelle aus diesem Kulturkreis verstehen.

Deutschland 2019: Wehe Du bist zur falschen Zeit am falschen Ort

Magdeburg: Am Gründonnerstag gegen 13.30 Uhr sitzt die 18-jährige Gymnasiastin Levken in der Staßenbahn, hört mit dem Headset Musik und sieht aus dem Fenster. Aus den Augenwinkeln bemerkt die Schülerin eine Bewegung, dann steht plötzlich ein Mann vor ihr und rammt ihr ohne Vorwarnung und ohne Grund die Faust ins Gesicht. Das Nasenbein und der linke Augenhöhlenring brechen, das Blut spritzt. Das Mädchen taumelt durch den Gang. Obwohl die anderen Fahrgäste geschockt sind, wagt keiner, dem Prügelopfer zu Hilfe zu kommen. Offenbar fürchten sich alle vor dem Gewalttäter, einem „Schutzsuchenden“ aus Syrien.

Bei der nächsten Haltestelle taumelt die Schwerverletzte auf die Straße. Der Angreifer will ihr nach, aber dann schreitet doch noch einer der Fahrgäste, ein 28-jähriger Medizinstudent, ein. „Geht´s noch?“, herrscht er den Syrer an. „Was willst Du?“, antwortet dieser und versetzt dem Nothelfer einen heftigen Schlag ins Gesicht. Die Straßenbahn ist plötzlich fast leer, die anderen Fahrgäste haben sie fluchtartig verlassen. Der Medizinstudent ruft um Hilfe, aber niemand kommt.

Allein mit dem Prügel-Syrer in der versperrten Straßenbahn

Und jetzt beginnt der Horrortrip für den 28-Jährigen. Die Türen der Straßenbahn schließen sich und er ist mit dem Prügel-Syrer alleine. Dieser schlägt minutenlang auf ihn ein. Als der Student am Boden liegt, folgen Tritte gegen den Kopf. Das Opfer versucht seinen Kopf so gut wie möglich zu schützen, doch das gelingt nicht. Die Haut platzt auf und Blut fließt

aus drei Kopfwunden. Die Vorderwand der Stirnhöhle bricht.

Erst als an der nächsten Haltestelle ein Polizeibeamter einsteigt, hat die Gewaltorgie ein Ende. Der Beamte ist nicht im Dienst, schreitet aber trotzdem pflichtgemäß ein. Bei der Festnahme leistet der Syrer Widerstand und muss gefesselt werden. Trotz der schweren Verletzungen der Opfer und obwohl der Schläger bereits polizeibekannt ist, kommt er nicht in Untersuchungshaft, sondern wird in die Psychatrie eingeliefert, weil er damit droht „sich und anderen zu schaden“. Und dann passiert das unfassbare: Der Prügel-Syrer entlässt sich am nächsten Tag selbst und spaziert ungehindert in die Freiheit.

Polizei verneint Haftgründe

Die Polizeiinspektion Magdeburg erklärt, dass das Vorliegen von Haftgründen von den Beamten vor Ort verneint worden sei. In der Pressemitteilung war beschwichtigend nur von einem „Armbruch“ die Rede, den es jedoch nie gegeben hatte.

Allerdings hatte die Magdeburger Polizei ihre Rechnung ohne die Familie der Studentin gemacht. Diese setzte alle Hebel in Bewegung, ging an die Öffentlichkeit und hatte schließlich Erfolg. Die Verletzungen der beiden Opfer wurden von Rechtsmedizinern begutachtet und als „potenziell lebensbedrohlich“ eingestuft. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ das Amtsgericht Magdeburg am 26. April, also acht Tage nach der Prügelattacke, einen Haftbefehl. Der Schläger konnte noch am selben Tag in Magdeburg festgenommen werden und sitzt jetzt in U-Haft.

Wie bekannt wurde, handelt es sich bei dem Täter um einen 34-jährigen Syrer, der bereits in Nordrhein-Westfalen Prügelorgien veranstaltet hat. Zu Einzelheiten wollte sich ein Sprecher der Polizei nicht äußern. Pressemitteilungen dazu gibt es ebenfalls nicht.

Kommentar: Wenn Sie sich, lieber Leser, jetzt fragen, warum

dieses Individium noch in Deutschland ist, dann sind Sie wahrscheinlich nicht alleine. Ebenfalls werden Sie in guter Gesellschaft sein, wenn Sie sich fragen, wie lange wir uns das alles eigentlich noch gefallen lassen sollen. Eine Gelegenheit, „denen da oben“ zu zeigen, dass jetzt das Maß voll ist, bietet die Wahl zum Europäischen Parlament.



Marihuana für jeden Zweck gibt es am Kaserneneck

Von EUGEN PRINZ | Vor dem Zusammenbruch der UdSSR war Landshut eine langjährige Garnisonsstadt. Am Kaserneneck, wie das Areal von der Landshuter Bevölkerung genannt wird, waren in der „guten alten Zeit“ das 2. Schwere-Reiter-Regiment „Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este“ und später die beiden Panzerbataillone 244 und 245 beheimatet. Damals hatte Deutschland noch eine intakte, hochgerüstete Bundeswehr, in der das Gerät in Schuß war und im Gegensatz dazu bei den Amerikanern der Schrotthändler hinter den Panzern herfuhr und die herabgefallenen Teile aufsammelte. So berichteten es jedenfalls die Bundeswehrsoldaten, die mit ihren Leos vom Manöver in Grafenwöhr kamen. Heute ist es umgekehrt.

Als dann um das Jahr 1990 der Weltfrieden ausbrach, wurde aus dem Tummelplatz der Leopard 2 Panzer größtenteils Teil Bauland. Die meisten Gebäude der früheren Schochkaserne fielen

der Abrißbirne zum Opfer. Einige ließ man jedoch stehen und machte im Jahr 2010 eine Asylbewerberunterkunft für bis zu 468 Bewohner daraus.

Polizei Dauergast in der Asylbewerberunterkunft am Kaserneneck

Seither ist die Polizei dort Dauergast. Es gab auch schon mehrere Großeinsätze, an denen Spezialeinheiten des USK (Unterstützungskommando) beteiligt waren. Meist geht es dabei um Drogenhandel durch „Schutzbedürftige“.

Schon seit den 80er Jahren kursiert im Internet ein Schmähedicht mit dem Titel „Herr Asylbetrüger, na wie geht's?“. In diesem wird nahegelegt, dass Asylbetrüger oft Drogen verkaufen. Auch sonst steht nichts nettes über diesen Personenkreis in dem Pamphlet. Selbstverständlich hagelte es dafür Strafanzeigen gegen die Verbreiter wegen Volksverhetzung. Das bayerische Oberste Landesgericht hat zwar in einem [Urteil](#) aus dem Jahr 1993 in der Revision einen Angeklagten freigesprochen, aber das Landgericht Hannover kam zu einer völlig anderen Rechtsauffassung und verurteilte den Verbreiter. Ob man sich mit der Verbreitung dieser Schmähschrift der Volksverhetzung schuldig macht, kommt also auf die Gegend an, in der man wohnt. Der Verfasser rät grundsätzlich dazu, so etwas nicht zu verbreiten. Das Pamphlet soll auch nicht der Gegenstand dieses Artikels sein. Der Autor erwähnt es deshalb, weil es in der Tat eine gewisse Anzahl von schwarzen Schafen gibt, die das genannte Klischee kräftig bedienen und man sich deshalb auch nicht wundern muss, wenn Zyniker zu einer derartigen Auffassung gelangen und ihrem Frust in Form von lyrischen Ergüssen freien Lauf lassen.

„Aufgrund der Ermittlungen der Kriminalpolizei hat sich die Asylbewerberunterkunft in der Schochkaserne als Brennpunkt herausgestellt.“

([Johann Lankes](#) vom Polizeipräsidium Straubing am 11.10.2017, nachdem ein Asylbewerber dort Rauschgift an Minderjährige

verkauft hatte)

„Wenn Du ein Loch gestopft hast, tun sich gleich zwei neue auf“

(Aussage eines Drogenfahnders der Kripo Landshut am Rande einer Gerichtsverhandlung bezüglich Drogenschwemme aus der Asylbewerberunterkunft an der Niedermayerstraße; Quelle: Landshuter Zeitung vom 17.04.2019)

Jüngster Drogeneinsatz am Landshuter Kaserneneck

Letzten Sonntag gegen 22.30 Uhr [war es dann wieder mal soweit](#). Der Landshuter Kriminalpolizei lagen Erkenntnisse vor, wonach zwei syrische Asylbewerber im Alter von 22 und 29 Jahren Drogen in die genannte Einrichtung liefern wollten. Nach einer Observation kontrollierten die Ermittler das Duo am Landshuter Hauptbahnhof und fanden im Gepäck des 29-Jährigen einen Schuhkarton, in dem sich rund 400 Gramm Marihuana befanden.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Landshut wurden die beiden Syrer verhaftet. Sie stehen im dringenden Verdacht, Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge betrieben zu haben. Nach Vorführung beim Ermittlungsrichter wurden sie in verschiedene Justizvollzugsanstalten gebracht.

Der Festnahme der beiden Drogenkuriere folgten am Montag mehrere Durchsuchungen in der Landshuter Asylbewerberunterkunft am Kaserneneck. Dabei ging den Rauschgiftfahndern ein 32 Jahre alter Iraner ins Netz, der für den 29-jährigen Syrer Drogen aufbewahrt und verkauft hatte. Neben den Betäubungsmitteln stellten die Beamten mehrere hundert Euro sowie Handys (Plural!) sicher, die nun ausgewertet werden sollen.

Auch die Justiz ist mit dem Drogenumschlagplatz gut beschäftigt

Parallel zu diesem Ereignis wird gerade bei der Jugendkammer

des Landgerichts Landshut einem heranwachsenden Flüchtling aus der Asylbewerberunterkunft am Kaserneneck wegen gewerbsmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln der Prozeß gemacht. Es lohnt sich jedoch inzwischen nicht mehr, über solche Ereignisse detailliert zu berichten, weil sie inzwischen zur Normalität in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2019 geworden sind.

Die Deutschen sind ein duldsames Volk. Sie gewöhnen sich an alles. Und wer es nicht tut, seine diesbezüglichen Gedanken zu Papier bringt und dabei übers Ziel hinausschießt, für den wird auch gesorgt.



Berliner Messer-Freitag: 17-Jähriger „von Gruppe am Hals“ schwer verletzt

Von JEFF WINSTON | Messer-Michael, Dolch-Daniel und Stech-Sascha wieder unterwegs in Berlin: Nach einer „eskalierenden Auseinandersetzung mit einer Vierer-Gruppe“ in einem Bus der Berliner Verkehrsbetriebe ist ein couragierter Jugendlicher Freitagnacht im Rahmen des „[Historisch einzigartigen Experiments](#)“ schwer verletzt worden.

Wie die Berliner Polizei mitteilte, war der Berliner Jugendliche zusammen mit zwei Begleitern im Alter von 19 und 23 gegen 23 Uhr in dem Bus der Linie 107 in Pankow unterwegs,

als es zu einem Streit mit den Vieren kam. Der 17-Jährige forderte die Mitfahrer dazu auf, leiser zu sein. Die Berliner Neubürger „Michael-Daniel-Sascha“ verhielten sie sich derart laut, dass „der später Geschädigte“ sie aufforderte, bitte etwas leiser zu sein.

An der Haltestelle Blankenburger Straße verließen alle den Bus, woraufhin der Teenager von dem „Quartett“ sofort mit Tritten und Schlägen brutal angegriffen wurde. Einer der „mutmaßlichen Täter verletzte ihn obendrein“ (!!) mit einem Messer am Hals, wie die [Berliner Morgenpost](#) poetisch kolportierte. Danach „flüchtete“ die Gruppe.

Polizisten nahmen die Angreifer kurze Zeit später in Tatortnähe fest. Es handelte sich um eine 16-Jährige („Michaela“ ?), zwei 18-Jährige und einen 19-jährigen „Berliner“. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht, die Mainstream-Medien schrieben zu dem Mordversuch: „17-Jähriger von Gruppe am Hals verletzt“.

Polizeibericht:

Im weiteren Verlauf soll ihn dann jemand aus der Gruppe mit einem Messer am Hals verletzt haben. Das Quartett wurde für die Ermittlungen der Kriminalpolizei der Direktion 1 überstellt.“

„Lebensgefahr bestand nicht“, sagte die Polizei Berlin am Samstag, dann ist ja alles in Ordnung im Messer-Babylon Berlin mit 2.737 offiziell erfassten „gefühlten“ Messerangriffen pro Jahr. In 560 Fällen waren die Neu-Berliner Stichwaffen-Fachkräfte jünger als 21 Jahre!

„Männer mit dem Namen Michael stechen am häufigsten zu!“

Laut der letzte Woche von der saarländischen Regierung veröffentlichten Sonderstatistik „Stichwaffen- und Messervorfälle“ wurde untersucht, wie die meisten

Messerangreifer mit Vornamen heißen. Das Ergebnis im herabgewirtschafteten [Kramp-Karrenbauer-Shithole](#) Saarland: „Männer mit dem Namen Michael stachen am häufigsten zu“. PI-NEWS berichtete am Samstag über die wahren Bluttäter von der Saar: Den deutschen Steuer-Michel: „[Muhammad Messer heißt jetzt Michael](#)“.

„Eine Auswertung der deutschen Täter nach Vornamen ergab: Die meisten Täter hießen Michael (24 Fälle). Dahinter: Daniel mit 22 Fällen, Andreas mit 20 Fällen, Sascha mit 15 Fällen, Thomas mit 14 Fällen, Christian, Manuel, Kevin und Patrick mit 13 Fällen und David und Jens mit jeweils zwölf Fällen. AUCH INTERESSANT: 14 der deutschen Täter haben eine doppelte Staatsangehörigkeit“.

1. April im Umvolkungsland

Doch am 1. April werden bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) „mit Sicherheit“ weniger Messeropfer gezählt werden. Der stichhaltige Grund: U-Bahnen und Straßenbahnen in der Hauptstadt fahren nicht. Am Montagmorgen hat der bislang härteste Warnstreik in diesem Jahr begonnen. Gestreikt wird allah-dings nicht für oder gegen das Klima und die zunehmende ungesunde Solinger-Stahl-Belastung in Berliner Bussen und Bahnen, sondern für die linksradikale „Ver.di“. Die BVG kritisierte dabei, Ver.di trage den Konflikt [auf dem Rücken der Fahrgäste](#) aus – sozusagen ein „Dolchstoß“ in den Rücken der Berliner Bevölkerung, die nun ganz ökologisch im Sinne von Asperg-Gretl zu Fuß „auf Arbeit“ muss – [falls überhaupt im bunten Berlin](#) noch irgendjemand dieser rechtspopulistischen Zeitverschwendung nachgeht ...

Warnstreik am Montag (1. April)

Die BVG wird am Montag, 1. April, ganztägig von der Gewerkschaft Verdi bestreikt. Unsere Fahrgäste müssen sich nach der Ankündigung leider von Betriebsbeginn am frühen Montagmorgen (3:30 Uhr) bis Betriebsschluss in der Nacht zu Dienstag auf erhebliche Einschränkungen im Nahverkehr einstellen. Wir gehen davon aus, dass alle U- und Straßenbahnen sowie die meisten Busse stillstehen werden.

Folgende von Subunternehmern betriebene Buslinien werden während des Warnstreiks komplett fahren: 106, 161, 162, 163, 168, 175, 179, 218, 234, 263, 275, 284, 320, 322, 334, 341, 349, 363, 365, 371, 373, 380, 399. Folgende Linien fahren mit leichten Einschränkungen: 112, 140, 184, 283, 370 und 893. Die Linie 390 ist nur in den frühen Morgenstunden regulär im Einsatz.

In Betrieb sind die BVG-Fährlinien. Nicht bestreikt werden darüber hinaus die S-Bahn Berlin sowie der Regionalverkehr. Die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH richtet am Montag einen unregelmäßigen Not-Shuttlevverkehr zwischen dem Flughafen Tegel und dem S- und U-Bahnhof Jungfernheide ein. Bitte planen Sie genug Zeit für die Anreise zum Flughafen ein. Wir informieren an dieser Stelle jeweils aktuell.

Wir bedauern sehr, dass die Gewerkschaft Verdi den Tarifkonflikt erneut zu Lasten unserer Fahrgäste austrägt.



BVG U-Bahn 
@BVG_Ubahn



Der Streik beginnt: wir werden bis morgen um 03:30 Uhr bestreikt und dann wird es auch noch einige Zeit dauern bis der Betrieb wieder reibungslos läuft. Als Team stehen wir hinter unseren Kollegen, deshalb: [#Notbetrieb](#). Wir hoffen auf euer Verständnis. [#BVG](#)

 41 3:30 AM - Apr 1, 2019

 39 people are talking about this 



Schüsse und Prügelfolklore:

Afghanen und Türken bekriegen sich

Am vergangenen Samstag explodierte einmal mehr die Buntheit im Land. Im Baden-Württembergischen Rastatt gingen gegen 14.30 Uhr mehrere Anrufe bei der Polizei ein, die von Schüssen und Gewalttätigkeiten im Schlosspark, bzw. im Bereich des Bahnhofs berichteten. Ersten Meldungen zufolge sollen etwa 20 Personen an den kulturellen Darbietungen beteiligt gewesen sein. Laut [Polizeibericht](#) wurden beim Eintreffen der Beamten nur noch ein 21-jähriger Afghane und ein 33 Jahre alter Türke angetroffen. Um etwa 16.15 Uhr gab es erneut Alarm. Am Bahnhof würden sich geschätzt 30 Personen prügeln. Das Video oben zeigt eine der leider nun in Deutschland üblichen „südländischen Mediation“ mit diversen Schlaggegenständen.

Diesmal waren noch nicht alle geflohen. Die Bundespolizei traf laut Bericht mehrere Männer an – zwei davon mit Verletzungen, die behandelt werden mussten. Insgesamt seien dann 20 Personen, „die mit den Vorfällen in Zusammenhang stehen könnten“, kontrolliert worden. Die ebenfalls üblichen Platzverweise wurden erteilt. Was im besten Fall heißt, die nächste Gewaltorgie findet eben zwei Straßen weiter statt.

Außerdem seien „diverse Beweismittel“ und Patronenhülsen einer Schreckschusswaffe sichergestellt worden. Die beteiligten Personen seien „mit Auskünften eher zurückhaltend, was die Ermittlungen zum Hintergrund der Auseinandersetzungen erschwere“, teilt die Polizei mit.

Bereits am Sonntagmorgen ging es aber munter weiter. In der S 8 von Karlsruhe nach Freudenstadt kam es zu einer „Auseinandersetzung“ zwischen fünf bis sechs „Personen“. Aber auch hier waren die Täter leider schon weg, als mehrere Streifen von Landes- und Bundespolizei beim Zughalt im Bahnhof Ötigheim eintrafen. Es seien Videoaufzeichnungen des

betreffenden Wagens gesichert worden.

Jetzt kann man sagen, wenigstens bekriegen sie sich hierbei nur untereinander. Dennoch bleibt es ein Krieg auf deutschem Boden, dessen Höhepunkt mit Sicherheit noch lange nicht erreicht ist. Eine vor 2015 kaum bekannte Welle der Gewalt bricht sich über einem Land, in dem man noch vor einigen Jahren auf Bahnhöfen bestenfalls beklaut oder von Betrunknen mal angepöbelt wurde. Heute sind Bahnhöfe für den normalen unbewaffneten Bürger teils hochgefährliche Zonen. Von Parks und stark bereicherten Stadtvierteln ganz zu schweigen. (lsg)



Lügenpresse schob ICE-Anschläge den „Rechten“ in die Schuhe

Von JOHANNES DANIELS | Während sich in einem Wiener Copyshop realistische Szenen des „[historisch einzigartigen Experiments](#)“ abspielten, zeichnet sich das Ausmaß der Hetze der gemeingefährlichen deutschen Links-Medien immer drastischer ab.

Am Montag wurde ein islamischer IS-Terrorist in einer steuersubventionierten Gemeindebau-Wohnung am Miltnerweg in Wien-Simmering von einem Polizei-Großaufgebot und österreichischen Cobra-Sondereinheiten verhaftet. Er gestand

bereits, in mindestens zwei Fällen einen tausendfachen Massenmord-Anschlag auf deutsche Staatsbürger geplant und ansatzweise ausgeführt zu haben ([PI-NEWS berichtete am Mittwoch detailliert](#)). Nur aufgrund von „technischen Versagens“ kam es zu keinem Blutbad in den ICE-Zügen in Bayern und in Berlin.

„Technisches Versagen“ zieht sich wie eine rote Blutlinie durch das Leben des 42-jährigen „Asylbewerbers“ Qaeser A.. Gefasst wurde die importierte Terror-Fachkraft, weil der zerstreute Iraker in einem Wiener Copyshop eine Kopie seines arabischen „Bekennerschreibens“ im Kopierer liegen ließ. Ein umsichtiger Angestellter meldete dies den österreichischen Sicherheitsbehörden.

Herbert Kickls wache Wach-Behörden (FPÖ) entdeckten auf dem Papier den Abdruck eines „linken Daumens“ und landeten in ihrer Datenbank einen Volltreffer: Qaeser A, nicht verwandt oder verschwägert mit dem [notorischen AfD-Hasser und Namensvetter](#) „Joe“ Kaeser, Siemens.

Der Zugriff am Montag erfolgte dann, weil Qaeser A. in einem Baumarkt neue Stahlseile kaufte, um weitere – dann Insch’Allah erfolgreichere Massenmorde in den nächsten Wochen in Deutschland zu verüben. Auf eine Zugriffsmöglichkeit „warteten seit Wochen“ nach Medienberichten auch Spezialeinheiten in Deutschland: Sie sollen auf eine neue Einreise von ihm aus Österreich gehofft haben, wollten ihn dabei festnehmen. Man fragt sich nur, anlässlich welcher „Grenzkontrolle“?!

2012 reiste der irakische Terror-Experte nach Österreich ein und stellte dort einen Asylantrag. Seit 2013 lebt Qaeser mit seiner Familie in Wien, er ist zudem Mitarbeiter bei einer „Security-Firma“. Der IS-Fanatiker und Amerika-Hasser war auch militärisch ausgebildet. Er soll 15 Jahre in der Armee seines Heimatlandes Irak gedient haben. Der „vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-geflohene“ Ex-Militär erklärte sich auf Facebook als glühender Anhänger des hingerichteten Diktators Saddam

Hussein, den „Präsidenten der Märtyrer“.

Politisch interessierte er sich laut Facebook vor allem für die SPÖ und auch für die Grünen. Außerdem folgte er dem deutschen Autor Jürgen Todenhöfer, der sich mit dem Islamischen Staat beschäftigt, Integrationsvereinen und Weiterbildungs-Initiativen. Der potentielle Massenmörder ist verheiratet und ist Vater von fünf Geburten-Dschihad-Kindern. Außerdem soll er an der „Technikum Wien Academy“ eingeschrieben sein – sie bietet berufsorientierte Aus- und Weiterbildung im technischen Bereich an, Gottseidank war Qaesar kein sehr guter „Student“. 2018 soll er mehrfach Reisen nach Deutschland gebucht haben – um seine Anschläge gezielt durchzuführen.

Am 7. Oktober war auf der Strecke zwischen Nürnberg und München in Bayern ein dickes Drahtseil mittels eines Spanngurtes und mehreren Metallschnallen auf vier bis fünf Meter Höhe über die Gleise zwischen zwei Strommasten gespannt ([PI-NEWS berichtete detailliert](#)). Der ICE auf der Strecke Nürnberg-München wurde beschädigt, tausende Passagiere schwebten in Lebensgefahr. Ein Polizeisprecher: „Die Täter haben die Reisenden in Todesgefahr gebracht“. Ausgerechnet an den Weihnachtsfeiertagen erfolgte dann ein zweiter todesgefährlicher [ICE-Anschlag](#) in Berlin, über den in deutschen Medien kaum berichtet wurde.

Die gleichgeschalteten deutschen Mainstream-Medien versuchten dann im Anschluss – direkt vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, „[rechten Trittbrettfahrern](#)“ in gewohnter Reichstagsbrand-1933-Manier, den versuchten Massenmord in die Schuhe zu schieben.

So kolportierte beispielsweise die linksradikale „Flüchtlings“-Postille [„Die ZEIT“](#):

„Versuchter Stahlseilanschlag auf ICE womöglich rechtsextrem motiviert

Hannover (AFP) Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen Hintergrund. „Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte“, sagte ein Ermittler den Zeitungen des Redaktionsnetzwerk Deutschland“.

Attacke auf ICE hatte womöglich rechtsterroristischen Hintergrund

www.neuepresse.de/.../Attacke-auf-ICE-hatte-womoeglich-rechtsterroristischen-Hinter... ▼

05.11.2018 - Vor etwa einem Monat haben unbekannte Täter ein dünnes Stahlseil über die Gleise einer ICE-Strecke gespannt. In der Nähe der Trasse ...

Deutschland: Versuchter Stahlseilanschlag auf ICE womöglich ...

<https://www.zeit.de> › News

05.11.2018 - Hannover (AFP) Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen ...

Wende im Fall um Anschlag auf ICE: Ermittlungen gegen Rechte ...

<https://www.derwesten.de/.../ice-anschlag-rechte-fluechtlinge-id215729661.html> ▼

05.11.2018 - Allersberg. Diese Wende kommt überraschend: Im Fall des Anschlags auf einen ICE, bei dem ein Stahlseil über die Bahn-Strecke gespannt ...

Zwischen Nürnberg und München: Stahlseil über ICE-Strecke ...

<https://www.tagesspiegel.de> › Gesellschaft › Panorama

05.11.2018 - Im Oktober fuhr ein ICE in Bayern gegen ein Stahlseil. Es gab ein Drohschreiben auf arabisch. Vielleicht wollte der Täter gegen Flüchtlinge ...

Seil ICE-Strecke: Rechtsextremer Hintergrund geprüft - Bayern ...

<https://www.sueddeutsche.de/.../stahlseil-ueber-ice-strecke-bei-allersberg-ermittler-pruefe...>

06.11.2018 - Strecke Nürnberg - München: Im Fall des über eine ICE-Strecke gespannten Stahlseils wird in viele Richtungen ermittelt.

Anschlag auf ICE bei Nürnberg gescheitert: Rechtsextrem motiviert?

<https://www.schwaebische.de> › ... › Ostalb › Ravensburg › Sigmaringen › Tuttlingen ▼

05.11.2018 - Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen Hintergrund.

Über die linksgrüne „dpa“ und das linksextreme „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ frohlockte die gleichgeschaltete deutsche Systempresse erfreut:

„Wende im Fall um Anschlag auf ICE: Darum wird jetzt gegen Rechtsradikale ermittelt

Allersberg. Diese Wende kommt überraschend: Im Fall des Anschlags auf einen ICE, bei dem ein Stahlseil über die Bahn-Strecke gespannt wurde, ermitteln die zuständigen Behörden nun auch im rechtsradikalen Milieu. Zuvor hatte ein Drohbrief in arabischer Sprache die Ermittlungen in Richtung islamistisch motivierter Täter gelenkt.

„Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte“, zitierte das Redaktionsnetzwerk Deutschland einen Ermittler.“

Auch Joachim Herrmanns (CSU) bayerische „Sicherheitsbehörden“ trugen kurz vor den Landtagswahlen in Bayern zu den falschen Unterstellungen gegen (AfD-nahe) „Rechtspopulisten“ erheblich bei, falls sie nicht sogar der Urheber der kriminellen Bezeichnungen waren:

„Das Bundeskriminalamt und die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ermitteln deshalb ebenfalls in dem Fall. Die Ermittler halten aber einen Bezug der Tat zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) für sehr unwahrscheinlich. (dpa/lin)“

In Bayern wurden nahe des Tatorts Schriftstücke in arabischer Sprache sichergestellt – das Bekennerschreiben aus dem Wiener Copyshop! Diese seien „jedoch abstrakt und allgemein gewesen“. Als höchst ungewöhnlich stufte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann den Fall damals ein. Insgesamt 50 Beamte ermittelten direkt nach dem versuchten Anschlag in Bayern in der Sonderermittlungsgruppe, der sogenannten [Besonderen Aufbauorganisation Trasse](#) (BAO Trasse).

Die „BAO Trasse“ kam zu dem Ergebnis: Fremdenfeindlicher Hintergrund!

Nachdem Unbekannte ein Stahlseil über die ICE-Strecke zwischen Nürnberg und München gespannt haben, gehen Ermittler Hinweisen auf einen möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund nach. „Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte“, so ein Sprecher der Ermittler.

Ermittler: „Verbindung zur islamistischen Szene vorgaukeln“

Laut der 50-köpfigen bayerischen Ermittler-Gurkentruppe stammten die Texte aus einschlägig bekannten Internetforen, seien aber „frei verfügbar und könnten leicht von jedem anderen verwendet werden. Ein Bezug zur Dschihadistenmiliz Islamischer Staat sei aber „sehr unwahrscheinlich“, hieß es bei den Münchener „Sicherheitsbehörden“ weiter. Möglich sei dagegen, dass diese Schreiben verwendet wurden, um eine Verbindung zur islamistischen Szene **vorzugaukeln**. Das Drohschreiben wurde inzwischen übersetzt, es sei allgemein gehalten, „ohne auf ein konkretes Ereignis hinzuweisen“, sagte Ludwig Waldinger, Sprecher beim Bayerischen Landeskriminalamt, Orte oder Zeiten würden nicht genannt. „Wir nehmen es trotzdem sehr ernst.“

„So viele Tote wie möglich“ – Bundeskriminalamt wusste von nichts

„Der beschriebene Modus Operandi war dem BKA bisher nicht bekannt“, geht aus internen Unterlagen der Bundespolizei hervor: 50 steuerfinanzierte deutsche Ermittler der „Besonderen Aufbauorganisation Trasse“ sollten dann den Anschlag aufklären. Leider ohne Erfolg in Deutschland, hätten sie einfach PI-NEWS gelesen:

Auf Internetseiten und islamischen Hochglanz-Magazinen wie „Inspire“ fordern radikale Islamisten bereits seit längerem Anschläge auf Züge und geben konkrete Handlungsanweisungen.

PI-NEWS berichtete im Oktober 2017 [bereits detailliert über die Massenmord-Anstiftungen](#) der Anhänger „Religion des Friedens“ auf Züge in Deutschland und Westeuropa. Nachdem das IS-Magazin detailliert erläuterte, wie man Terroranschläge mit Lastwagen wie am [Berliner Breitscheidplatz](#) durchführen kann, ziehen die Kollegen von Al-Kaida jetzt nach und empfehlen ihren islamverseuchten Anhängern im Heft 17 vom Juli 2017, [Züge entgleisen zu lassen](#), um möglichst viele Ungläubige zu töten und verheerende Schäden an der deutschen Bevölkerung anzurichten.

Laut Anwalt nichts mit Terrorismus am Hut

Laut seinem Anwalt, dem Wiener Strafverteidiger Wolfgang Blaschitz, hat Qaeser A. zugegeben für die versuchten Anschläge auf die ICE-Züge in Deutschland verantwortlich zu sein. „Aber er beteuert, mit „Terrorismus nichts am Hut“ zu haben. Die Attentate hätten eine politische Message an die deutsche Regierung sein sollen“, sagt Blaschitz. Wie das genau gemeint ist, habe er auf Grund der Sprachprobleme mit seinem Mandanten am Dienstag noch nicht klären können. Eine Auslieferung nach Deutschland will Qaeser A. mit allen Mitteln verhindern.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann lobte die hervorragende Arbeit der Ermittler. „Dank der hervorragenden internationalen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich konnte damit der vermutlich hochgefährliche Täter aus dem Verkehr gezogen werden“, erklärte Herrmann scheinheilig in einer Aussendung. „Die Ermittlungen werden jetzt mit Hochdruck fortgeführt, um die weiteren Hintergründe aufzuklären“, kündigte Herrmann an. Das betreffe insbesondere einen möglichen Bezug der Taten zum „Islamischen Staat“ und die Frage, ob es Hintermänner gegeben haben könnte. Die tatsächlichen Mittäter und Hintermänner sitzen wohl in der bayerischen Staatsregierung und in der GroKo!

Die komplette Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Wien:

Die Staatsanwaltschaft Wien hat am 25. März 2019 die Festnahme eines in Wien wohnhaften 42-jährigen irakischen Staatsangehörigen angeordnet, der im dringenden Verdacht steht, im Oktober und Dezember 2018 in Deutschland terroristische Anschläge auf Bahnstrecken durchgeführt zu haben. Nur aufgrund eines technischen Fehlers kam es nicht zur geplanten Tötung von Menschen. In Tatortnähe aufgefundene Schriftstücke in arabischer Sprache sowie eine Flagge des sogenannten Islamischen Staates begründen einen terroristischen Tatverdacht.

Gemeinsam mit deutschen und europäischen Behörden werden derzeit umfangreiche und intensive Ermittlungen geführt. Dem Beschuldigten liegt das Verbrechen der terroristischen Straftat des versuchten Mordes, der terroristischen Straftat der schweren Sachbeschädigung, der terroristischen Vereinigung und der kriminellen Organisation zur Last. Die Strafdrohung beträgt bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

Der Beschuldigte zeigt sich tatsachengeständig, bestreitet jedoch einen terroristischen Hintergrund. Die Einlieferung in die Justizanstalt Josefstadt wurde angeordnet.



Bamberg: 30 „Burschen“ fallen

über Supermarkt her

Von EUGEN PRINZ | Wildwest in Bamberg: Am Samstag gegen 19.30 Uhr rief der Detektiv eines Lebensmittelmarktes im bayerischen Bamberg die Polizei. Aus einer Horde von 30 Jugendlichen und Heranwachsenden heraus wurden in dem Laden zahlreiche Diebstähle begangen. Zudem sprangen die Randalierer auch noch mehrmals gegen die Glasschiebetür im Eingangsbereich, bis diese zerbrach.

Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung mit mehreren Streifen griff die Polizei die Tatverdächtigen am zentralen Omnibusbahnhof auf. Bei der Durchsuchung fanden die Beamten neben diversem Diebesgut auch noch Betäubungsmittel.

Wie die Polizei noch mitteilte, wurde ein 15-Jähriger aus der Gruppe von den Beamten „seiner erfreuten Mutter“ übergeben. Gegen die Beteiligten werden Strafverfahren eingeleitet. In den Medien wurde getreu der [polizeilichen Pressemitteilung berichtet](#), ohne zu diesem unerhörten Vorfall noch weitere Informationen zu liefern.

Was ist los in diesem Land?

Man stelle sich das einmal vor: In einer oberfränkischen Kleinstadt, also in der tiefsten Provinz und nicht in Berlin oder Köln, stürmen 30 (!) wildgewordene „junge Männer“ einen Laden, bedienen sich ungeniert an den Waren ohne zu bezahlen und treten dann noch die Glastüre am Eingang ein, weil es so schön ist.

Was sind das für unerhörte Zustände, die in Deutschland eingekehrt sind? Wie haben sich wohl die Kunden gefühlt, als sie plötzlich inmitten dieses wildgewordenen Mobs einkaufen mussten? Soll das noch normal sein, was hier in diesem Land tagtäglich abläuft? Sind denn alle Verantwortlichen völlig verrückt geworden, dass sie nach solchen Vorfällen ungerührt das übliche Tagesgeschäft weiter betreiben?

Wieder einmal keine Angaben zur Ethnie der Tatverdächtigen

Die wohl wichtigste Frage ist in diesem Zusammenhang, ob bei den Tatverdächtigen oder einem Teil davon ein Zuwanderungshintergrund vorliegt. Diese wurde weder von der Polizei, noch von den berichterstattenden Medien beantwortet. Es ist immer nur von „Jugendlichen“, „Heranwachsenden“ und „Burschen“ ([Focus](#)) die Rede.

Warum ist die Frage nach einem möglichen Migrationshintergrund so wichtig? Ganz einfach: Weil wir Bürger ein Recht darauf haben, zu erfahren, wie sich die seit 2015 betriebene Zuwanderungspolitik der Regierung auf die innere Sicherheit Deutschlands, auf UNSERE Sicherheit, auswirkt.

Aus diesem Grund kontaktierte der Autor dieses Beitrags die Bamberger Polizei und wurde mit einem Beamten verbunden, der zu Presseauskünften berechtigt war.

Gedächtnisprotokoll der Presseanfrage bei der Polizei Bamberg

PI-NEWS: Waren bei dem Vorfall Personen mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund beteiligt?

POLIZEIBEAMTER: Wir geben dazu keine Auskunft, weil ein möglicher Migrationshintergrund für diese Tat keine Rolle spielt. Was ich Ihnen aber sagen kann ist, dass keine dieser Personen im Ankerzentrum Bamberg untergebracht ist.

PI-NEWS: Das ist eine reichlich kryptische Auskunft, die nicht zufriedenstellen kann.

POLIZEIBEAMTER: Ich muss mich an den [Kodex](#) halten, ich habe meine dienstlichen Weisungen.

PI-NEWS: Personen, deren Asylverfahren abgeschlossen sind oder die den Status eines Bürgerkriegsflüchtlings haben, sind nicht im Ankerzentrum untergebracht. Die Tatverdächtigen können ja auch aus diesem Personenkreis stammen...

POLIZEIBEAMTER: Wir haben in Bamberg Probleme mit einigen Bewohnern des Ankerzentrums, wir haben auch Probleme mit manchen Personen aus den dezentralen Flüchtlingsunterkünften, aber wir haben ebenso Probleme mit manchen einheimischen Deutschen. An dieser Stelle möchte ich unseren Dienststellenleiter zitieren: „Die meisten Bewohner des Ankerzentrums verhalten sich gesetzentreu“.

PI-NEWS: Das wäre ja schlimm, wenn es anders wäre.

POLIZEIBEAMTER: Stimmt.

PI-NEWS: Gut, dann wird das entsprechend Ihrer Auskunft so veröffentlicht. Unsere Leser werden schon die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Diesen Schlusssatz quittierte der Beamte noch mit einem kurzen, freundlichen Lachen. Dann wurde das Gespräch beendet.

Resümee

Wenn 30(!) „Jugendliche“ über einen Lebensmittelmarkt herfallen, dann spielt es also keine Rolle, wo die herkommen? Ohne dass dies von dem Beamten bestätigt wurde, zieht der Autor aus der Faktenlage den Schluss, dass es sich bei den Tatverdächtigen wohl um Zuwanderer gehandelt haben dürfte. Der Polizeibeamte hat zu keinem Zeitpunkt des Gesprächs einen möglichen Migrationshintergrund der Tatverdächtigen dementiert. Außerdem: Wann haben sich zum letzten Mal 30 deutsche Jugendliche zusammengerottet und sind über einen Lebensmittelmarkt hergefallen?

Das Gute ist, dass die Polizeibehörden ihre Beamten nicht anweisen können, die Presse bei solchen Anfragen direkt anzulügen. Würde in so einem Fall einmal das Gegenteil bewiesen, hätte die Polizei eines ihrer wichtigsten Güter, die Glaubwürdigkeit, vollständig eingebüsst.

Besonders perfide ist aber die Formulierung, dass ein 15-

jähriger Tatverdächtiger seiner „nicht erfreuten Mutter“ übergeben wurde. Mit diesem Hinweis soll in den Köpfen der Leser wohl das Bild der strengen, blonden, deutschen Mutter erzeugt werden, die ihrem Sprößling in Anwesenheit der Polizisten ankündigt: „Wir sprechen uns noch!“

Wären es indigene Deutsche gewesen, hätten das die Polizei und die Mainstream-Medien auf jeden Fall auch so berichtet. Kodex hin oder her!

Die bange Frage

Unterstellt, dass es sich bei den Tatverdächtigen um Zuwanderer handelt, stellt sich die bange Frage, was dann erst los sein wird, wenn der Staat aufgrund einer massiven Rezession nicht mehr in der Lage ist, die gegenwärtige Vollversorgung dieser Klientel zu gewährleisten.



Nach Misshandlung von bissigem MUFL: Gehaltskürzung für Polizist

Von EUGEN PRINZ | Wenn in Deutschland ein „normaler Bürger“ einer Straftat überführt wird, erhält er eine Geld- oder Freiheitsstrafe und das war es dann. Bei einem Polizeibeamten ist das anders: Zusätzlich zur Geld- oder Freiheitsstrafe

beantragt der Dienstherr beim Verwaltungsgericht eine Disziplinarstrafe, macht den Beamten zum Pendler, indem er ihn strafversetzt und seine Beförderungsaussichten sind für viele Jahre gleich Null.

Dieses „volle Programm“ wurde einem Landshuter Polizeihauptkommissar, der in der niederbayerischen Bezirkshauptstadt eine Dienstgruppe leitete, jetzt zuteil. Zu verdanken hat er das seinem eigenen Fehlverhalten, das zwar menschlich verständlich, aber rechtswidrig war; sowie einer völlig außer Rand und Band geratenen Gruppe minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge (Mufl) aus Afghanistan. Diese hatten bereits realisiert, dass Deutschland ein Nachtwächterstaat ist, in dem man die Staatsdiener folgenlos wie Kasper behandeln kann.

Aggressive minderjährige Flüchtlinge auf der Polizeiwache

Im August 2015 wurden von der Bundespolizei in einem Zug nach Landshut drei afghanische Schwarzfahrer im Alter von 13 bis 15 Jahren aufgegriffen und der Landshuter Polizei übergeben. Das Trio war aus einer Unterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Landau/Isar ausgerissen. Die „Schutzsuchenden“ zeigten sich auf der Wache hochgradig aggressiv. Sie weigerten sich nicht nur, ihre Fingerabdrücke zur Identitätsfeststellung abzugeben, sondern randalierten, schlugen mit Händen und Füßen um sich und bissen zu. Eine Polizeibeamtin erlitt eine blutende Bissverletzung, bevor es mit den vereinten Kräften aller in der Wache anwesenden Beamten gelang, die Flüchtlinge zu fesseln und zu fixieren.

Dem Widerstandswillen der drei jungen Afghanen gegen die erkennungsdienstliche Behandlung tat die Fesselung jedoch keinen Abbruch. Eine 27-jährige Polizistin rief deshalb den Dienstgruppenleiter zu Hilfe. Der damals 46-jährige Beamte, 190 cm groß und 130 kg schwer, versuchte es zunächst im Guten und forderte den 15-Jährigen in Deutsch und Englisch auf, sich die Fingerabdrücke abnehmen zu lassen.

„I won't give my fingerprints“ – da kam die Sache in Rollen

„I won't give my fingerprints“ (ihr kriegt von mir keine Fingerabdrücke) war die Antwort. Der Hauptkommissar zog den Afghanen am Kragen vom Stuhl hoch und schüttelte ihn, was den Jugendlichen jedoch nicht sonderlich beeindruckte. Um das zu ändern, zog der Dienstgruppenleiter ein von ihm gewohnheitsmäßig am Gürtel getragenes Messer aus dem Holster, hielt es dem „Flüchtling“ vor das Gesicht und sagte: „Give me your fingerprints or I'll take it“ (gib mir Deine Fingerabdrücke oder ich nehme sie mir). Die schlichte Antwort darauf: „No“. Daraufhin steckte der Polizeihauptkommissar das Messer wieder ein.

Was für ein blamabler Vorgang, vom Autoritätsverlust ganz zu schweigen! Man sollte nie mit etwas drohen, das man anschließend nicht wahr machen kann. Auf einer Polizeiwache in Afghanistan wären die Finger jetzt ab. In Deutschland nicht – und das wusste der Afghane.

Dann versuchen wir es eben beim nächsten, hat sich der Dienstgruppenleiter wohl gedacht. Er packte einen der jüngeren Afghanen am Oberarm und zog ihn zum Schreibtisch, auf dem der Fingerabdruckscanner stand.

„Not prints“ (sic), schrie der 13-jährige „Flüchtling“ und wehrte sich vehement, was ihm einen Klaps mit der flachen Hand auf den Kopf einbrachte. Anschließend setzte sich der Hauptkommissar mit seinem 130 Kilo Körpergewicht auf den rechten Arm des Jugendlichen, damit die Abdrücke genommen werden konnten.

Aber wie das so ist an so einem Tag, funktionierte der Scanner nicht. Deshalb blieb nichts anderes übrig, als das Trio ein Stockwerk höher zum Ersatzgerät zu bringen.

Afghanen am Kopf hochgezogen und weitere Grobheiten

Der ältere Afghane kam als erster dran. Der

Dienstgruppenleiter packte den mit Handschellen und Klettfesseln fixierten Mufl am Kopf und zog ihn vom Stuhl in die Höhe. Als der Randalierer vor Scherzen schrie, ließ ihn der Polizeibeamte zu Boden fallen. Der 15-Jährige lag nun mit auf den Rücken gefesselten Händen in Bauchlage auf dem Boden. Jetzt packte der Hauptkommissar den Afghanen an den Handschellen und zog dessen Arme bis zum Anschlag der Schultergelenke nach hinten, so dass sich der Oberkörper des Fingerabdruckverweigerers in der Luft befand. Auf seine Schmerzensschreie hin, fassten ihn dann zwei Beamte unter den Achseln und erlösten ihn aus seiner misslichen Lage, nachdem sie den Dienstgruppenleiter lautstark aufgefordert hatten, er möge aufhören.

Trotz der rüden Behandlung und auch nachdem er von drei Beamten in den ersten Stock getragen worden war, besserte sich das Verhalten des Mufls nicht. Im Gegenteil, er biss noch einen weiteren Beamten und den Dienstgruppenleiter, bevor ihm endlich die Fingerabdrücke abgenommen werden konnten.

Nachspiel vor Gericht

Die Sache hatte dann auch noch ein Nachspiel vor Gericht. Allerdings nicht für den Afghanen (der kann nicht belangt werden, weil er gegenwärtig „irgendwo in Schweden“ ist), sondern für den Dienstgruppenleiter. Wer nun jedoch glaubt, dass die Anzeige auf den Mufl zurückgeht, der irrt. Es war die 27-jährige Kollegin, die den Hauptkommissar zu Hilfe geholt hatte. Die Polizistin wandte sich, geplagt von ihrem Mitteilungsbedürfnis, an den Vorgesetzten des Dienstgruppenleiters und machte dessen Vorgehen aktenkundig.

Bei der Verhandlung im September 2016 vor dem Amtsgericht Landshut wegen Körperverletzung im Amt und Nötigung hatte der Hauptkommissar schlechte Karten. Die eingesetzten Beamten, 13 an der Zahl und insbesondere die Polizistin, sagten geschlossen gegen ihn aus. Ein Angebot des Richters, ein umfassendes Geständnis abzulegen und eine Geldstrafe von 180

Tagessätzen zu 40 Euro zu akzeptieren, lehnte der angeklagte Hauptkommissar ab. Er vertraute auf seine Unschuld. Es kam wie es kommen musste: Der Angeklagte wurde vom Gericht zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten und einer Geldstrafe von 1000 Euro [verurteilt](#). Das akzeptierte er nicht und ging in Berufung. Im April 2017 räumte der inzwischen ehemalige Dienstgruppenleiter vor der Berufungskammer des Landgerichts Landshut einen „Fehler“ ein und kam letztendlich mit einer Geldstrafe von 6.000 Euro (150 Tagessätze à 40 Euro) davon. Das Gericht hatte nunmehr einen minder schweren Fall zugrunde gelegt, da von dem Afghanen erhebliche Widerstandshandlungen ausgegangen waren und dieser trotz der rüden Behandlung des Polizeibeamten keine Verletzungen davon getragen hatte.

Nach der Strafe ist vor der Strafe

Anschließend folgte noch das Disziplinarverfahren, das der Freistaat Bayern gegen seinen Beamten mit dem Ziel der Degradierung einleitete. Dieser letzte Akt der Tragödie fand vor einigen Tagen am Verwaltungsgericht Regensburg seinen Abschluss.

Von Anfang an machte der Verwaltungsrichter klar, dass er sich an die Feststellungen des Strafgerichts zu halten hat. Der Fall würde hier also nicht neu aufgerollt, sondern nur geprüft, ob das Fehlverhalten des Beamten mit einer Degradierung oder einer mildereren disziplinarischen Maßnahme zu ahnden sei. Am Ende entschied das Gericht, die Bezüge des Beamten 18 Monate lang um zehn Prozent zu kürzen. Dass ihn sein Dienstherr inzwischen zur Verkehrspolizei nach Deggendorf versetzt und somit zum Pendler gemacht hat, gilt offiziell nicht als Strafe, obwohl das wohl die am meisten einschneidende Folge seines Handelns sein dürfte.

Kommentar:

Der geschilderte Sachverhalt wird bei manchen Kopfschütteln ausgelöst haben, bei anderen vielleicht auch Entsetzen. Im

gemütlichen Wohnzimmersessel ist so ein Werturteil leicht zu treffen. An der „Front“ sieht die Sache jedoch anders aus. Die Hektik, der Stress, sowie die Aggressivität und die Provokationen der Delinquenten zerren am Nervenkostüm der Polizisten, die Menschen sind und keine Maschinen. Sie haben ihre psychische Belastungsgrenze. Und aus welchem Holz der 15-jährige „Flüchtling“ aus Afghanistan geschnitzt ist, hat seine Reaktion auf die rüde Behandlung offenbart: Er zeigte sich völlig unbeeindruckt, da er in einer Umgebung voller Gewalt aufgewachsen ist. Was ihm da in Landshut auf der Wache widerfahren ist, hat ihm keine Angst eingejagt, denn sonst hätte er sich anders verhalten.

Die Art des Einschreitens der Polizei ist in jedem Land auf die Mentalität und das Verhalten seiner Bewohner zugeschnitten. Wir haben in Deutschland eine Lämmerpolizei für die Lämmer, die bisher das Gros der hiesigen Bevölkerung gebildet hat. Leider ist diese Polizei nicht darauf vorbereitet, dass sie es immer häufiger mit Wölfen zu tun hat, die neu in unser Land gekommen sind. So blieb es bei dem erbärmlich misslungenen Versuch des Lämmerpolizisten, den Afghanen mit „Wolfsgehabe“ zu beindrucken. Wir werden alle noch erleben, dass wir dieser Sorte Menschen nicht gewachsen sind, wenn wir uns und unsere Gesetze nicht der neuen Wirklichkeit anpassen.

Und die Polizistin, die den Fall zur Anzeige brachte? Für manche ist sie eine pflichtbewußte, vorbildliche Beamtin, für andere eine miese Verräterin. Das soll jeder Leser für sich selbst entscheiden.



Chemnitz-Prozess: Verteidigerin fordert Gesinnungstest von den Richtern

[Am 26. August](#) des vergangenen Jahres wurde in Chemnitz der Tischler Daniel Hillig, laut Staatsanwaltschaft mit fünf Messerstichen, wobei Herz und Lunge des Opfers getroffen wurden, getötet ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen begann am Montag am Oberlandgericht Dresden der Prozess gegen den angeblich aus Syrien stammenden Alaa S. (23), der als versorgungssuchender Gast der Kanzlerin 2015 nach Deutschland kam.

S. ist angeklagt gemeinsam mit dem immer noch flüchtigen „Geflüchteten“ Farhad A. aus dem Irak den kubanischstämmigen 35-Jährigen am Rande des Chemnitzer Stadtfestes erstochen zu haben.

Die Staatsanwaltschaft wirft Alaa S. gemeinschaftlichen Totschlag an Daniel H., versuchten gemeinschaftlichen Totschlag an Dimitri M., der ebenfalls durch Stiche schwer verletzt wurde, sowie gefährliche Körperverletzung vor.

Die Verteidigung des Syrers will aus der Tat ein Politikum machen und trägt die linke Gesinnungsverfolgung bis in den Gerichtssaal, wofür natürlich auch die AfD erhalten muss. Der

Beschuldigte entspreche dem „erklärten Feindbild“ jener Menschen, die die AfD unterstützen, so Verteidigerin Ricarda Lang, die [auch auf Arabisch](#) für Klienten wirbt. Sie fordert nicht nur die Einstellung des Verfahrens, da es angeblich keine Beweise gegen den Angeklagten gäbe, sondern reduziert den brutalen Messermord auch auf ein „[Klischee fehlgegangener Flüchtlingspolitik](#)“.

Einstellung der Richter zur Flüchtlingsfrage entscheidend für faires Verfahren

Noch bevor Staatsanwalt Stephan Butzkies die Anklage verlesen konnte brachte Lang einen Antrag ein, in dem sie unterstellte, der Syrer würde vor diesem Gericht keinen fairen Prozess erhalten, da politischer Einfluss genommen würde und erklärte: „Die Einstellung der Richter zur Flüchtlingsfrage ist entscheidend für ein faires Verfahren“. Dann forderte sie unverblümt einen [Gesinnungstest vom Gericht](#). Berufsrichter und Schöffen sollten Erklärungen zu folgenden Fragen abgeben:

- Wie ist ihre Einstellung zu Flüchtlingen?
- Haben sie an einer Demonstration von Pegida teilgenommen?
- Sind sie Mitglied oder Sympathisant der AfD?
- Sind sie bekannt mit Neonazis?

Wenn also ein Gericht nicht eindeutig als linksgerichtet einzuordnen ist, so sollte das nun offenbar im Vorfeld genau geklärt werden. So gesehen sollten Personen, die mit der AfD oder Pegida sympathisieren weder Richter noch Schöffen sein dürfen. Mit der SPD den Grünen, Linken und Antifa-Sympathisanten hat man da wohl weniger Bedenken. Nur wer hinter Merkels Invasionspolitik steht ist linken Anwälten, wie Ricarda Lang wohl genehm. Die offene Dreistigkeit mit der die Verteidigerin diese Forderung stellte zeigt, wie zementiert der Linksstaat in Deutschland schon ist. Ähnliche Ansinnen in Bezug auf die linke Ausrichtung von Richtern sind uns bisher nicht bekannt, obwohl es dafür mit Sicherheit genug Belege

gebe.

Die Staatsanwaltschaft wies die Kritik der Verteidigung als „nicht sachdienlich“ und in Teilen „unseriös“ zurück.

Der Angeklagte, der sehr selbstbewusst aufgetreten sein soll, schweigt eisern. Da half auch gutes Zureden der Richterin nicht. Verteidigerin Lang: „Frau Vorsitzende, der Angeklagte beantwortet keine Fragen!“

Aktuell sind 24 Verhandlungstage bis Ende Oktober anberaumt.
(lsg)



Bielefeld: Türke sticht Sohn (1) und Tochter (2) ab

Bereits am Sonntag löste ein Türke seine Familienprobleme auf kultureigene Art mit einem Messer. Der 41-Jährige tötete seine beiden Kleinkinder im Alter von einem und zwei Jahren. Nun liegt der Obduktionsbericht vor, demnach die Kinder laut sensibler [Mitteilung der Polizei](#) an „Schnittverletzungen“ starben.

Der Täter habe selbst am Sonntag gegen 13.15 Uhr den Notruf gewählt und einen [Selbstmord angekündigt](#). Da aufgrund des Gesprächs davon ausgegangen werden musste, dass er auch Familienmitgliedern etwas antun könnte rückten drei

Notarztwagen, ein Rettungshubschrauber und die Polizei an. Der Bereich um das Wohnhaus in der Ziegelstraße in Bielefeld wurde großzügig abgesperrt. Beim Eintreffen der Rettungskräfte habe die Wohnungstür offen gestanden. Man fand zuerst den Täter, der sich offenbar selbst verletzt hatte, am Boden liegend aber lebendig und später den einjährigen Jungen und seine zweijährige Schwester nur noch tot vor. Der Kindermörder wurde nach medizinischer Erstversorgung ins Krankenhaus gebracht, wo er nun wohl gesund gepflegt wird. Zum Motiv der Tat gibt es bisher noch keine Erkenntnisse.

Aufgrund der Sachlage kann man aber durchaus davon ausgehen, dass der Mann es mit seinem eigenen Sterben nicht so ernst gemeint hat, wie damit seine Kinder zu töten. Sonst hätte er wohl kaum bevor er sich verletzte den Notruf gewählt und dann die Tür zur Wohnung geöffnet, damit man ihn auch findet.

Die Mutter war zum Zeitpunkt der Tat nicht daheim und steht unter Schock.



NDR und Schaumburger Nachrichten zum jüngsten Messermord

Wenn man sich auf die Lücken- und Lügenpresse des NDR verlassen würde, so hätte man heute erneut einen „Mann“, der

aus unerfindlichen Gründen seine Frau gemessert hat. Die Meldung [beim NDR](#):

Eine junge Frau ist in Rinteln im Landkreis Schaumburg einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen. Nach Informationen der „Schaumburger Nachrichten“ soll die 24-Jährige erstochen worden sein. Die Polizei sucht in diesem Zusammenhang den 27 Jahre alten Ehemann des Opfers, sagte Polizeisprecher Axel Bergmann. Wie die Staatsanwaltschaft Bückeburg gegenüber NDR 1 Niedersachsen bestätigte, sei ein Haftbefehl wegen des Verdachts des Totschlags ausgestellt worden. Das Ehepaar soll zwei Kinder im Kleinkindalter haben. Über deren Aufenthaltsort ist momentan nichts bekannt. [...] Zu den Umständen machten die Ermittler vorerst keine weiteren Angaben.

Dazu die [Schaumburger Nachrichten](#), auf die sich der NDR bezieht:

Für die Angehörigen war die Sache vom ersten Moment an eindeutig, bestätigt der Bruder der Getöteten gegenüber dieser Zeitung. Er verdächtigt den 27-jährigen Ehemann, dessen Aufenthaltsort derzeit unbekannt ist. Die 22-jährige Frau aus Afghanistan habe sich von ihrem ebenfalls aus Afghanistan stammenden Ehemann scheiden lassen wollen, deswegen habe es regelmäßig Streit gegeben. Auch Anwohner berichten, dass es immer wieder sehr laut geworden sei in der gemeinsamen Wohnung des Ehepaars. Zu all diesen Informationen schweigt sich die Polizei derzeit aus. Pressesprecher Axel Bergmann bestätigt lediglich, dass die Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen eines Tötungsdelikts führe.

Der 27-Jährige und die 22-Jährige hatten nach ersten Informationen zusammen zwei Kinder, beide befinden sich im Kleinkindalter. Um 16 Uhr erwirkte die Staatsanwaltschaft Bückeburg einen Haftbefehl wegen Totschlags gegen den dringend Tatverdächtigen Ehemann der Getöteten.

Ein weiterer Unterschied zwischen Schaumburger Nachrichten und den Berufsverharmlosern vom NDR: Letztere muss man zwangsweise bezahlen und aushalten, obwohl sie grundsätzlich nur bei deutschen Verdächtigen die Nationalität erwähnen und ansonsten treu die Merkelsche Staatsdoktrin vom willkommenen guten und bereichernden Flüchtling propagieren.

„Rinteln isst bunt“ – und BILD hat den „bestechenden Tipp“ dazu!

Denn während des „Historischen Experiments“ darf die Willkommens-Bereicherung auch durch Leib und Magen gehen: Der Kinderschutzbund Rinteln veranstaltete „ein afghanisch-deutsches Kochexperiment der besonderen Art“. Die Gerichte waren „eine echte Augenweide und machten dem Motto [Rinteln isst bunt!](#) alle Ehre, ergänzt „[Rinteln-Aktuell](#)“ zu den Scharia-konformen Gerichten so mancher illegaler Ehrenmord-Fachkräfte Merkels – direkt vom kulinarisch führenden Hindukusch importiert.

„Rinteln-Aktuell“ führt weiter aus:

„Da die afghanischen Flüchtlinge bereits recht gut Deutsch sprechen, ergaben sich an den Tischen schnell Gespräche zwischen den Afghanen und den Deutschen über das Essen, über Sitten und Gebräuche in Afghanistan und in Deutschland. Dabei ging es nicht nur ernst zu, sondern es wurde auch viel gelacht.“

„Beim gemeinsamen Kochen sind die Flüchtlinge und Zugewanderten die Experten und zeigen den deutschen Gästen, wie das Essen gerührt, geschnibbelt und gewürzt werden soll. Das gemeinsame Kochen bringt die Menschen in Kontakt und der interkulturelle Austausch beim anschließenden Essen ist natürlich dringend erwünscht“.

Damit das „Schnibbeln“ noch leichter von der Hand geht, hat BILD (regional) auch den richtigen Tipp für ihre geneigten Leser unter den zahlreichen Neu-Bürgern und Messer-Experten.

Die Berichterstattung des Boulevard-Blatts ist zwar ebenfalls „lückenhaft“, doch die Werbeanzeige dazu durchaus „bestechend“!



Zum Vergrößern aufs Bild klicken.



Breuberg: Brutaler Messer-

Mordversuch an Taxifahrer

Von MAX THOMA | Mit „unfassbarer Brutalität hat ein Fahrgast“ in der Nacht zu Sonntag unvermittelt auf einen Taxifahrer eingestochen – allen Anzeichen nach ein internationaler „Gast“ und Befürworter der unkontrollierten Grenzen Deutschlands. Am Sonntag stach der Täter kurz nach Mitternacht gegen 0.40 Uhr im [südhessischen Breuberg](#) bei Aschaffenburg mit einem Küchenmesser den Fahrer direkt in den Kopf.

Nach ersten Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden massakrierte der 44-jährige „Mann aus Großostheim“ im Kreis Aschaffenburg auf den 60 Jahre alten Fahrer ein. Die Stiche trafen das Opfer schwer am Kopf und den Armen, wie das Polizeipräsidium Südhessen mitteilte. Der Angreifer flüchtete zunächst. Zwei Stunden nach der Tat konnte die Polizei den Messertäter festnehmen – er lag auf einer Freifläche zwischen Rai-Breitenbach und der Landstraße L 3259, nachdem auch ein Polizeihubschrauber bei der Fahndung eingesetzt wurde und Beamte aus Bayern den hessischen Kollegen bei der Fahndung zu Hilfe eilten. Die Kriminalpolizei der Polizeidirektion Erbach hat die Ermittlungen aufgenommen und stellte zunächst die Personalien des mutmaßlichen Messer-Killers fest.

Täter: 44-jähriger „Mann aus Großostheim“

Über das „mögliche Motiv für die Attacke“ machte die Polizei in ihrer Mitteilung keine Angaben, allerdings auch politisch-korrekt nicht über seine tatsächliche Herkunft: „Ein Hinweis an die Medienvertreter: Weitere Presseauskünfte behält sich die Staatsanwaltschaft Darmstadt vor“, heißt es lapidar seitens des Polizeipräsidiums, während der 60-jährige Taxifahrer im Krankenhaus um sein Leben kämpft ...

Erst vor einem Jahr verurteilte das Landgericht Aschaffenburg einen „37-Jährigen“, der gemeinsam mit einem „32-Jährigen“ einen [Taxifahrer zusammengeschlagen](#) und ausgeraubt hatte, zu

siebeneinhalb Jahren Freiheitsstrafe. Das Taxi wurde entwendet. Der Haupttäter, der anhand einer DNA-Spur ermittelt wurde, saß praktischerweise bereits wegen anderer Delikte in der Justizvollzugsanstalt Mannheim ein – dort haben weit über 80 Prozent der Insassen „[internationalen Hintergrund](#)“. Ein Pressesprecher des Landgerichts Aschaffenburg teilte mit, dass der 37-Jährige sich wegen besonders schwerem Raub in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hat.

Auf weitere Nachfrage wurde mitgeteilt, dass es sich bei den Schwermkriminellen um „lettische Fahrgäste“ handelte. Diese dürfen sich innerhalb der „Grenzen“ der Juncker-EU frei bewegen, der Komplize wurde am Flughafen von Vilnius wegen eines anderen Delikts verhaftet. Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg hat die Auslieferung beantragt. Die Raubüberfälle auf Taxis mittels Messergewalt nahmen im weltoffenen Deutschland in den letzten Jahren drastisch zu – einfach „Raubüberfall Taxi Messer“ googeln und 72.000 Ergebnisse in 0,38 Sekunden erhalten.

Masseneinwanderung ist Messereinwanderung!



Pforzheim: Ein Mekka der

bunten Massenschlägereien

Von PI-NEWS LUDWIGSBURG | Der Fasching ist vorbei, doch die Moslems hauen weiter auf die Pauke! Erst am Abend vom Aschermittwoch war es wieder soweit: Da rückten 15 Streifen- und zwei Mannschaftswägen auf den Pforzheimer Leopoldsplatz aus, um ein buntes Treiben der ganz besonderen Art zu unterbinden. Nicht die Mitglieder zweier rivalisierender Faschingszünfte hatten sich im Stadtzentrum eingefunden, sondern rund 150 verhaltensauffällige „Jugendliche“ und Anwesende, die wie immer einen islamischen Migrationshintergrund (Syrier, Afghanen, Iraker) vorzuweisen hatten. Zwar konnten die Einsatzkräfte eine größere Eskalation verhindern, doch wäre dies längst nicht das erste Mal in der übersichtlichen kleinen Großstadt (zirka 127.000 Einwohner) am Rande des Nordschwarzwaldes, dass Multikulti zum explodierenden Pulverfass wird.

Bereits im Februar letzten Jahres wurde der Leopoldsplatz zum Schauplatz einer Massenschlägerei, an der rund 70 Personen aus dem Irak, Syrien, Afghanistan, dem Kosovo und Griechenland das Umfeld bildeten. Auch hier musste sich ein polizeiliches Großaufgebot der randalierenden Menge entgegenstellen – nur wenige Tage später titelte die Pforzheimer Zeitung, dass die von Oberbürgermeister Peter Boch (CDU) eingeführte City-Streife, die eigentlich zum Schutz der Bürger eingeführt wurde, bei solchen Szenarien merklich an „ihre Grenzen stößt“.

Dass Boch sehr gut daran täte, sein Sicherheitskonzept gründlichst zu überdenken, zeigt nicht nur der Vorfall vom Aschermittwoch, sondern auch was nach dem Vorfall im Februar 2018 geschah: Da prügeln sich des Nachts ganze Horden von Moslems mit Yesiden, die als Salafisten-Hochburg bekannte Nordstadt wurde gleich mehrfach zum Schauplatz von Massenschlägereien. Im Benckiserpark „kommunizieren“ Gruppen von Irakern und Afghanen mit Fäusten und Tritten, auf dem

Weihnachtsmarkt hauen sich Marokkaner und Tunesier gegenseitig die Holzplatten ins Gesicht und auch vor einer nicht benannten Diskothek führten Moslems den gewalttätigen interkulturellen „Gruppentanz“ auf. Die Polizei hat alle Hände voll zu. Eine Zeit lang konnte man fast jede Woche und in unschöner Regelmäßigkeit von neuen Gewaltausbrüchen lesen und hören. Die Massengewalt war omnipräsent, doch nur wenige nehmen das zur Kenntnis.

Bis aufs letzte Messer und mit peinlichster Penetranz verteidigen hingegen die Pforzheimer Gutmenschen ihre „[Goldstücke](#)“, die mittlerweile an der 70-Prozent-Marke kratzen dürften, was die Zahl der Einwohnerschaft betrifft. Ganz frei nach dem Motto: „Lang lebe die Toleranz – pfeif auf den Untergang!“, wird alles beiseite gewischt, was mit klassischer Vernunft und einem gesunden Existenzwillen zu tun hat. Selbstredend sind dies fast ausschließlich Moslems, Sozialschmarotzer und Kriminelle, die in der hochgradig versifften und hoffnungslos überschuldeten Linksaußen-Kommune Pforzheim ein warmes Nest gefunden haben.

Neuster Streich aus der schwäbisch-badischen Schildbürgerstadt: Eine [Lichterprojektion](#) mit wechselnden Zitaten zu Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit, die vom 10. bis 15. März am [Pforzheimer Hilda-Gymnasium](#) (interessanterweise keine fünf Minuten von der Schlössle-Galerie entfernt!) zu sehen sein wird. Religionslehrer Georg Hauser dazu: „Wir sind stolz auf unsere Hilda-Gemeinschaft, in der Menschen aus vielen verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionen tagtäglich das Miteinander gestalten.“ Die Zitate gelten als Hinweis darauf, dass Menschlichkeit, Toleranz und Respekt die Grundbedingungen für ein gedeihliches Miteinander sind. Man sieht es ja!

Toleranz bis zur fast schon lächerlichen Selbstaufgabe, in Pforzheim leider kein Einzelfall: Mitte Februar wurde im Kulturhaus Osterfeld ein [Konzert gegen Rechts](#) veranstaltet, das von der lokalen Presse (Kurier) „als Geschenk an die

Stadt“ bezeichnet wurde.

Der bei Porsche in Ungnade gefallene Ex-Aufsichtsrat Uwe Hück will in den städtischen Gemeinderat, um dort unter anderem für die „stärkere Einbindung von Migranten“ zu sorgen. Erst kürzlich wurde sein „[SPD-Revolutionbüro](#)“ eröffnet. Schon seit vielen Jahren betreibt er zweifelhafte Integration durch das Training mit ausländisch-muslimischen Jugendlichen im Kickboxen und im Muay Thai. In aller Regelmäßigkeit werden Kundgebungen gestört, die an die deutschen Opfer der Pforzheimer Totalzerbombung vom 23. Februar 1945 erinnern. Grüne Gutmenschen und Antifa-Terroristen sind gleichermaßen an den Aktionen beteiligt.

Anfang des Jahres formierte sich sehr medienwirksam die Pforzheimer Gruppierung der „[Omas gegen Rechts](#)“. Es gibt gefühlte 1.000 Integrationsprogramme, von denen kein einziges Wirkung zeigt. Erst in der heutigen Samstagsausgabe der Pforzheimer Zeitung war zu lesen, wie sich die Bürger des nahe gelegenen Ortes Remchingen für den Bau eines weiteren Asylantenheims (voraussichtliche Kosten: etwa 600.000 Euro) stark machen. Wie immer wurden die gängigen „Kein Mensch ist illegal“-Transparente geschwenkt. Sogar die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney, sowie die beiden Bundestagsabgeordneten Katja Mast (SPD) und Günther Krichbaum (CDU) statten dem fragwürdigen Szenario einen Besuch ab.